

Der Antisemitismus im Kaiserreich

Antijüdisches Verhalten läßt sich in Lippe lange vor dem Auftreten des modernen Antisemitismus nachweisen, antijüdische Aktionen des 18. Jahrhunderts setzten sich im 19. Jahrhundert in modifizierter Form fort.

So wurde in Detmold noch 1858, kurz vor dem Inkrafttreten des Emanzipationsgesetzes, fast an jedem Sonnabend der Marsch „Schmeißt ihn heraus, den Juden Itzig“, auf der Promenade gespielt. Diesem Stück folgte meist die Polka „Alleweile geht“.

Das Emanzipationsgesetz von 1858 markiert nur z. T. einen Einschnitt in der Geschichte der lippischen Juden. Das Schutzverhältnis galt zwar als aufgehoben, erhebliche Beschränkungen – etwa bei der Besetzung öffentlicher Ämter – blieben weiterhin bestehen. Die geistige Basis dieses Rechtszustandes lebte vor allem in den Kreisen der Orthodoxie und innerhalb des Konservatismus weiter.

Die vollständige Gleichberechtigung der Juden nach dem Beitritt Lippes zum Norddeutschen Bund 1869 und der sich anschließenden Gründung des Deutschen Kaiserreiches leitete eine qualitativ neuartige Phase der Judenfeindschaft, den Antisemitismus, ein. Als Reaktion auf die Judenemanzipation erstrebte er zunächst deren Aufhebung und Rücknahme, der alte gesellschaftliche Sonderstatus der Juden sollte stattdessen wiederhergestellt werden. Der Antisemitismus bediente sich dazu neuer Methoden: der aktiven, organisierten Agitation, wie etwa der Parteienbildung, sowie der gezielten Massenbeeinflussung.

Gegenüber dem Judentum des politischen Katholizismus, der während der Kulturkampfzeit besonders im paderbornischen Raum grassierte und dem politischen Protestantismus der Stoeckerbewegung in Minden-Ravensberg trat der Antisemitismus in Lippe zeitverzögert erstmals zu Beginn der 1880er Jahre massiv auf.

Die Berliner Antisemitenpetition, die 1881 vom Reichstag den weitgehenden Ausschluß der Juden aus Staats- und Lehrämtern, die Einführung einer konfessionellen Statistik sowie die Eindämmung der ostjüdischen Einwanderung forderte und vor der Bedrohung Deutschlands durch „jüdische Rasseeigentümlichkeiten“ warnte, fand auch in Lippe, besonders in Alverdissen, Verbreitung.

„Die Agitation der Antisemiten für die Kanzler-Petition ist auch hier im Lande mit einem einer besseren Sache würdigen Eifer betrieben worden. Pastöre, Lehrer, Unterbediente u.s.w. sind an vielen Orten von Haus zu Haus gegangen, um die ihnen übergeben Bogen mit Namen füllen zu lassen.“

In Alverdissen unterzeichneten von 120 Haushaltsvorständen allein 68 die Petition.

Die Konservative Partei baute seit 1880 „die Judenfrage“ zum alles beherrschenden Thema ihrer Agitation auf, es wurde zum Leitartikelthema fast aller Ausgaben des Organs der Konservativen Partei, des Detmolder Lippischen Volksblattes.

Eng verbunden mit dem Vorgehen gegen die Juden war

die Agitation gegen den Liberalismus. Gerade die Juden hätten die Freiheiten der liberalen Wirtschaftsgesetzgebung zum „Schaden unseres Volkes ausgebeutet“. Den Juden zugeschriebene Merkmale wie Handelsgeist, Wucher etc. wurden weniger in sozialen und historischen Ursachen vermutet, sondern galten als ein der „Rasse“ eigentümliches Kennzeichen. Sie gehörten „zum Nationalcharakter des Judenthums“. Die Politik der Annäherung sei gescheitert, von „einem allmähigen Verschwinden des Judenthums durch Amalgamieren (Verschmelzen) mit dem Deutschthum, (könne) nicht die Rede sein“. Juden seien nicht in die deutsche Gesellschaft integrierbar.

Die Kampagne der Konservativen hatte zunächst vor allem wahltaktische Gründe, denn obwohl der in Detmold tagende Landtag seit 1876 durch eine konservative Mehrheit beherrscht wurde, blieb der Wahlkreis Lippe-Detmold in den Reichstagswahlen fast eine Domäne des linken Liberalismus. Die starke Betonung antisemitischer Parolen durch die Konservativen im Vorfeld der Reichstagswahl von 1881 war wohl zunächst als Versuchsballon gedacht, um neue Wählerschichten anzusprechen.

Der Berliner Hofprediger Stoecker (1835 – 1909) verfolgte in Berlin bei gleichzeitiger Nutzung des Antisemitismus ähnliche Ziele, denn mit seinen Ideen vom christlich-konservativen Staat fand Stoecker unter der Berliner Arbeiterschaft, die er zum Christentum und zur Monarchie zurückführen wollte, keinen Anklang. Zunächst nur beiläufig vorgebrachte Bemerkungen über das Judentum zündeten jedoch im Kleinbürgertum. Stoeckers „christlich-soziale“ Partei fand großen Zulauf und machte als „Berliner Bewegung“ von sich reden. 1881 wurde Stoecker in Minden-Lübbecke in den Reichstag gewählt, er nahm jedoch das Siegener Mandat an, das er gleichfalls errungen hatte.

Für Stoecker bestand zwischen Deutschthum und Christentum eine enge Bindung. Den Juden warf er vor, „unsere besten Güter, christliche Religion, Kirche, deutsche Kultur und deutsches Wesen an[zu]greifen.“ Der Kampf gegen das Judentum war für Stoecker gleichzeitig ein Kampf für den christlichen Staat, der Juden zwar akzeptieren, sie jedoch keinesfalls als Mitglieder der Obrigkeit dulden könne. Als orthodoxer Christ war er jedoch ein erklärter Gegner des Rassestandpunktes.

Der lippische Kandidat der Konservativen bei der Reichstagswahl von 1881, Wilhelm Schemmel zu Wüsten (1839 – 1909), erklärte im Oktober kurz vor der Reichstagswahl, hinsichtlich der Judenfrage bekenne er sich zu den Ansichten Stoeckers.

Die massive Indienstnahme antisemitischer Parolen zahlte sich für die Konservative Partei letztlich nicht aus, sie verlor 1881 die Wahl. Die „Judenfrage“ blieb nach der Wahl im Lippischen Volksblatt zwar noch präsent, sie verschwand jedoch fast schlagwortartig von den Titelseiten.

Organisierte Formen nahm die Propaganda der Antisemiten in der von Wilhelm Marr 1878 gegründeten Hamburger „Antisemitenliga“ und der kurzlebigen „Sozialen Reichspartei“ Dr. Henricis an. 1886 erfolgte der Zusammenschluß verschiedener Gruppen in der „Allgemeinen deutschen antisemitischen Vereinigung“. 1887

gelang Dr. Otto Böckel als erstem Antisemiten ohne konservative Unterstützung der Einzug in den Reichstag als Vertreter des Wahlkreises Marburg-Frankenberg.

Interne Differenzen führten bereits 1889 das Ende der Vereinigung herbei. Der konservative Flügel um Fritsch, dem Premierlieutenant M. Liebermann von Sonnenberg und dem Wittener Arzt Dr. Adolf König gründete im Juni d. J. die „Deutschsoziale Partei“. König galt als „Führer der Antisemiten im Rheinland und Westfalen“, nach 1890 verstärkte die Gruppe um König ihre Propaganda und zog agitierend, unterstützt von einem Dr. Dannail, durch Westfalen. Letzterer gehörte dem Vorstand des Bielefelder Deutsch-Sozialen Reformvereins an, der unter dem Motto „den Kaiser ehrt – den Juden wehrt“ agitierte und u. a. zum Boykott jüdischer Geschäfte aufrief.

Ab September 1891 nahm Dannail seine Agitation in Detmold auf. Im Anschluß an einen im Odeon am 23. Januar 1892 vor zahlreicher Zuhörerschaft gehaltenen Vortrag bildete sich noch am gleichen Abend in Detmold ein „Deutsch-socialer Reformverein“, dessen Mitglieder überwiegend aus Kleinbürgern, Handwerkern und Akademikern bestanden. Beitrittsvoraussetzung war der Nachweis der arischen Abstammung.

Der Mai 1893 brachte mit dem Pfingsttreffen der deutschen Antisemiten am Hermannsdenkmal einen Höhepunkt des lippischen Antisemitismus. In den Redebeiträgen Dr. Königs, Dr. Försters und Liebermann von Sonnenbergs wurde die Judenfrage abermals als die nationale, soziale und sittliche Frage schlechthin dargestellt. Das internationale Judentum – so Dr. König – zersetze das Deutschtum im Innern, schlage es in Mammonsketten, untergrabe „deutsche Zucht und deutsche Sitten“ und nähre sich vom „Marke unseres Volkes“.

Das Treffen gewann durch die stillschweigende Billigung höchster Kreise an Bedeutung; der Fürst gewährte der auf seinem Boden stattfindenden Versammlung Gastrecht.

Die Integration der jüdischen Minderheit war zwar Ende des 19. Jahrhunderts noch nicht ernsthaft gefährdet, dennoch war ein latenter Antisemitismus weit verbreitet, ein jüdenfeindliches Potential wurde durch die verschiedensten Gruppen und Institutionen wachgehalten. In erster Linie ist hier die Konservative Partei zu nennen. Ihr revidiertes Parteiprogramm vom 8. Dezember 1892 (Tivoli-programm) führte unter §1 aus: „Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben.“ Der Antisemitismus war durch die Übernahme in das Parteiprogramm einer bürgerlichen Partei hoffähig geworden.

Liebermann von Sonnenberg kandidierte für die Reichstagswahlen des Jahres 1898 auch für den Wahlkreis Lippe, konnte allerdings nur 106 Stimmen erringen. Den größten Stimmenanteil gewann er dabei in Horn mit 29 Stimmen.

Der keimende Antisemitismus wurde noch nicht als ernstzunehmender Faktor gewertet, so war für die nationalliberale Lippische Landeszeitung lediglich das Anwachsen der Sozialdemokratie eine „recht bedenkliche

Thatsache“.

Latent antisemitisches Gedankengut wurde in Lippe Ende des 19. Jahrhunderts zudem durch die Tier-schutzbewegung wachgehalten; ihre seit 1892 laufende Kampagne gegen die angeblich brutale und tierquälerische Schächtmethode weckte in weiten Kreisen Res-sentiments.

Der christlich-soziale Gedanke entflammte in Detmold nach zwei Veranstaltungen mit Adolf Stoecker und Friedrich Naumann gegen Ende des Jahres 1899 erneut. Im evangelischen Vereinshause bildete sich eine kurzlebige „Christlich-soziale Konferenz“, der auch anfangs der sozialreformerische Schwalenberger Zieglerpastor Alexander Zeiß angehörte. Der Antisemitismus lebte in Lippe besonders in Organisationen wie dem Bund der Landwirte und dem Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverband, beide 1893 gegründet und mit bedeutender agitatorischer Breitenwirkung, fort. Einig mit nationalen Verbänden wie dem Alldeutschen Verband und der Konservativen Partei war man sich in der Ablehnung der Sozialdemokratie sowie des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus. Letzterer wurde zunehmend als Bedrohung der eigenen Existenz begriffen. Das alte Klischee der Judenfeindschaft, das Bild des geldgierigen Wucherjuden, wurde ergänzt durch die stereotype Gleichsetzung von Liberalismus und Kapitalismus mit dem Judentum.

Parolen wie „Deutschland den Deutschen“ oder die Forderung nach der „Zurückdrängung des jüdischen Stammes“ waren daher auf den Generalversammlungen des lippischen Bundes der Landwirte keine Seltenheit. Als Partei fand der Antisemitismus in Lippe aber erst 1911 mit der Gründung der Christlich-Sozialen Partei eine neue organisatorische Ausformung. An der Gründung beteiligt war der radikale Flügel der Konservativen. Gemeinsam mit dem Zentrum und der Konservativen Partei nominierten die Christlich-Sozialen unter dem Schlagwort „Nationale Sammelkandidatur“ den Lemgoer Heinrich Kuhlmann als lippischen Kandidaten zur Reichstagswahl 1912. Zahlreiche jüdische Bürger besuchten die Wahlveranstaltungen der Antisemiten, um deren Agitation entgegenzutreten. Sie gehörten zum Teil dem im November 1910 in Herford gegründeten Landesverband des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens an. Besonders der ehemalige Salzufler Lehrer Arthur Schweriner war beinahe auf jeder Veranstaltung zu finden, um die Propaganda der Christlich-Sozialen zu widerlegen. Die „Nationale Sammelkandidatur“ scheiterte; die neugegründete Partei verschwand von der Bildfläche.

Der Antisemitismus war damit nicht erloschen. Das nationale Selbstverständnis dokumentierte sich in einem „völkischen Heimatgedanken“, der besonders in Ereignissen wie der „1900-Jahrfeier zur Schlacht im Teutoburger Wald“ 1909 oder in den „Hünenringfestspielen“ 1913 zum Ausdruck kam. In völkischen „Lebensreformbewegungen“, die sich gegen den „Verderb der Sitten“ wendeten und die „deutsche Art“ hochhielten, herrschte mehr oder minder ausgeprägt die rassistische Deutung des „Volkes“ als „Blutgemeinschaft“ vor. Vornehmlich Pa-

storen und Lehrer taten sich im „Kampf gegen die moderne Weltanschauung“ hervor, bemühten sich mit Vorträgen über die „soziale Frage“, „Volkssterben, Entartung und etliche Ursachen“ aufklärend im „christlich-nationalen“ Sinne zu wirken. Ein Vortrag des Detmolder Oberlehrers Wilhelm Drude im November 1913 im evangelischen Vereinshaus zum Thema „Ist das Geistesleben des deutschen Volkes heute noch wirklich deutsch?“ rief den Protest der jüdischen Gemeinde Detmold hervor. Die Fürstliche Regierung stellte sich vor Drude, der vorwiegend gegen das Judentum und dessen „undeutsches Wesen“ wettete. Im Mai 1916 wurde der Oberlehrer vom Fürsten Leopold ungeachtet seiner antisemitischen Überzeugung zum Professor ernannt. Tatsächlich war der Antisemitismus gewachsen. Die seit der Reichsgründung proklamierte staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden war in der Realität nicht sehr weit gediehen. Im August 1906 erschien in der Lippischen Landeszeitung ein Artikel eines jüdischen Bürgers „Über die politische Stellung der Juden in Lippe“. Auf der zur Verfügung gestellten Titelseite führte der Verfasser, vermutlich der Salzufler Lehrer Schweriner, nicht nur die geringe Bezuschussung des lippischen Staates für die jüdischen Schulen ins Feld, sondern er zeigte vor allem auf, daß in den letzten Jahren kein Jude für das Amt eines Schöffen oder Geschworenen für würdig befunden worden sei.

Im Juni 1907 wurde dann als Geschworener der jüdische Zigarrenfabrikant Kabaker aus Lemgo ausgelost.

Formular:

an Vorschule
Gymnasium... Lemgo.
Zahl der Schüler: 226..., darunter Juden: 15...
davon haben

	Jüdische Zahl	darunter Juden
1. blaue Augen, blonde Haare, weiße Haut	111	1
2. „ „ „ braune „ „ „	10	1
3. „ „ „ braune „ „ „	1	
4. graue Augen, blonde Haare, weiße Haut	43	3
5. „ „ „ braune „ „ „	9	1
6. „ „ „ braune „ „ „	4	1
7. „ „ „ schwarze „ „ „		
8. braune Augen, blonde Haare, weiße Haut	25	2
9. „ „ „ braune „ „ „	11	2
10. „ „ „ braune „ „ „	4	-
11. „ „ „ schwarze „ „ „	8	4
<i>Σ</i>	226	15

Erste landesweite Feststellung rassischer Merkmale (Frühjahr 1877) auf Antrag der „Deutschen Anthropologischen Gesellschaft“ in den lippischen Schulen, nach einer Anordnung des Fürstlichen Cabinettsministeriums. Statistische Erhebung am Gymnasium und der Vorschule in Lemgo.

(Sta DT L 80 III, Nr. 34)

Nach Stöcker werde auch ich
nun bald nach Jerusalem müssen.
Zuvor möchte ich jedoch mein reich-
haltiges Lager von

Manufaktur-Waaren

und fertigen

Kleidungsstücken etc.

in klingende Münze oder Reichs-
papierchen verwandelt sehen. —

Bei Bedarf bitte um geneigten
Zuspruch

A. Kahn,
Krummestraße.

Der Einfluß der Stoeckerbewegung: Werbeanzeige des
jüdischen Detmolder Manufakturwarenhändlers Aaron
Kahn

(Lippische Landeszeitung, Nr. 229, 21. Dez. 1880, S. 4)

Abdruck eines auf Kahns Anzeige Bezug nehmenden an-
tisemitischen Hetzartikels der Liegnitzer „Patriotischen
Zeitung“ in der Lippischen Landeszeitung.

(Lippische Landeszeitung, Nr. 7, 10. Januar 1881, S. 3)

„Detmold, 10. Januar. Die zu Liegnitz erscheinende „Pa-
triotische Zeitung“, das Organ der christlich-sozialen an-
tisemitischen Partei (sogenannte Konservative), bringt in
Nr. 1 nachstehenden Artikel:

Ein alter Hebräer in Detmold, seines Zeichens auch noch
Koscherschächter, hat es eilig mit der Auswanderung,
doch scheint ihm die Mesumme noch nicht zu langen,
denn er erläßt in einem dortigen judenfreundlichen Blatte
folgende Anzeige:

Nach Stoecker werde auch ich nun bald nach Jerusalem
müssen. Zuvor möchte ich jedoch mein reichhaltiges
Lager von Manufakturwaren und fertigen Kleidungs-
stücken etc. in klingende Münze oder Reichspapierchen
verwandelt sehen. — Bei Bedarf bitte um geneigten Zu-

spruch. A. Kahn, Krummestraße.

Klingende Münze und Reichspapierchen, „verehrter Mitbürger vom Stamme Sem“ werden nicht mitgenommen, dahingegen könnt ihr mitnehmen alles Geld jüdischen Gepräges. Hermann der Cherusker aber, welcher hoch oben bei Detmold auf den Exersteinen sein Antlitz nach Westen richtet, würde gewiß vor Freuden dasselbe nach Osten wenden, wenn sie alle, alle, diese „Fremdlinge“ unter uns, wieder dahinzögen, woher sie einst kamen. Sein Geist ist bereits erwacht! Möge aber Gott verhüten, daß sich sein Schwert gegen Euch richtet! Darum ziehet bald und in Frieden!

Nr. 2 desselben Blattes enthält in Bezug auf obiges albern Gewäsch noch folgenden Herzenserguß:

Zu dem alten Hebräer in Detmold haben wir zu berichten, daß das Hermannsdenkmal auf der Grotenburg und nicht auf den Exersteinen steht. Im Uebrigen soll in der Krummenstraße in den letzten Tagen so stark gemauschelt und „Waih“ geschrien sein, daß man das Echo davon sogar an den Exersteinen gehört hat. Ob unser alter Freund mehr Bescheidenheit gelobt, haben wir nicht in Erfahrung gebracht.

Ein weiteres Wort über ein solches Gebahren einer sich christlich-sozial-konservativ nennenden Partei zu verlieren, halten wir für vollständig überflüssig.“

Ein Beispiel für die konservative Judenhetze vor der Reichstagswahl 1881:

Artikel: „Politische Zwiegespräche“ von L. D., Teil I (12. Oktober 1881, S. 2, Lippisches Volksblatt)

In diesem Artikel wird durch ein Streitgespräch zwischen einem Konservativem (C.) und einem Angehörigen der Fortschrittspartei (F.) die konservative Sicht der Judenfrage deutlich gemacht.

- „C. Denke ferner an den Neustettiner Synagogenbrand. Nahm nicht die liberale und fortschrittliche Presse unbedingt für die Juden Partei, wagte sie es nicht sogar, den jüdischen Preßstimmen zu sekundieren und die christliche Bevölkerung in Neustettin der Brandstiftung zu beschuldigen, noch bevor eine Untersuchung stattgefunden hatte? War das nicht Herzensfreundschaft?
- F. Du machst mich noch ernstlich böse, wenn du immer von Herzensfreundschaft sprichst.
- C. Der Fortschritt muß es sich schon gefallen lassen. Sie gründet sich, wie gesagt, auf den gemeinsamen Haß gegen positives Christenthum und spezifisches Deutschthum.
- F. Ich muß dir doch sagen, daß in dem Staate, den wir anstreben, eure Deutschthümelei und euer positives Christenthum keine öffentliche Geltung beanspruchen dürfen. Hier gilt das auf reines Menschenthum gegründete Staatsbürgerthum. Deutsche und Juden sind gleichberechtigte Bürger des deutschen Reiches, und wenn wir die Juden in Schutz nehmen, so geschieht es nur, weil ihr Conservative ihnen die Rechte wieder nehmen wollt, die ihnen verliehen sind. Ihr habt ja eine wahre Judenhetze in Scene

gesetzt.

- C. Wir verlangen vor allen Dingen, daß die Juden bescheidener auftreten, wir verlangen mit allem Ernst, daß sie unsern christlichen Glauben unangetastet lassen und unser deutsches Gefühl nicht verletzen. Wir verlangen mit allem Nachdruck, daß sie davon ablassen, ihr schlechtes Reformjudenthum zur Herrschaft zu bringen. Das ist keine Judenhetze, das ist unsere Pflicht und Schuldigkeit. Außerdem erstreben wir Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der jüdischen Bevölkerung, weil wir keinen jüdisch-deutschen, sondern einen christlich-deutschen Staat wollen.
- F. Aha!
- C. Der Fortschritt will natürlich die Juden in dem ungeschmälerten Besitz aller Rechte erhalten?
- F. Allerdings. Wir halten die Gleichberechtigung zwischen Juden und Christen für eine Forderung der Gerechtigkeit.
- C. Wir Conservative halten sie für keine Forderung der Gerechtigkeit. Wir halten die Emancipation für die Frucht eines verschwommenen, undeutschen Humanitätsdusels, für einen verhängnisvollen Fehler, den einigermaßen gut zu machen zu den Aufgaben des Reichstages gehören wird. Sie muß auch dir verdächtig werden, wenn du ihre Wirkungen siehst.
- F. Die Juden sind freilich in auffallender Weise emporgekommen.
- C. Laß uns sehen! Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung öffnet den Juden alle Staatsämter. Sie können Minister, Richter, Räte, Professoren, Lehrer, Bürgermeister, Vorsteher werden. Die Juden freuen sich des und Bescheidenheit gehört nicht zu ihren Nationaltugenden. Mit dem Einfluß, den sie erworben haben, sind sie nicht zufrieden, sie wollen auch Einfluß im Staate und zwar einen großen haben . . . Wenn das so fort geht, muß sich dann nicht das Gesicht der Germania mehr und mehr dem jüdischen Typus nähern?
- F. Unter den Juden findet sich viel Intelligenz, viel Fleiß und Eifer und wenn sie die Deutschen überflügeln, so ist nichts daran zu ändern. Warum lassen sich die Deutschen zurückdrängen?
- C. Findest du wirklich nichts Bedenkliches in dem Vorrücken der Juden auch auf den Gebieten, die ihnen früher verschlossen waren?
- F. — — —
- C. Es freut mich, daß du bedenklich geworden bist. Ich hoffe es noch zu erleben, daß du konservativ wirst.“

Satzungen des Deutsch-sozialen Reform Vereins zu Detmold, Detmold 1892

(Lippische Landesbibliothek, L 253), Auszug „Zweck des Vereins.“

§ 2

Der „Deutsch-soziale Reform-Verein“ bezweckt das

deutsche Standesbewußtsein bei seinen Mitgliedern sowohl, als nach außen hin zu erwecken und zu stärken, und ist deswegen bestrebt, überall den Sinn für echt deutsches Wesen und wahres Christenthum in Wort, Schrift und That zu erhalten und wachzurufen.

Dieser Zweck wird angestrebt:

§ 3

- Durch Aufklärung der weitesten Kreise mittelst Wort und Schrift.
- Durch Einwirkung auf die gesetzgebenden Körperschaften.
- Durch Stellungnahme zur Judenfrage, in deren Lösung der Verein einen wesentlichen Bestandteil der großen sozialen Frage erblickt. . . .

Mitgliedschaft

§ 5

Mitglied kann jeder unbescholtene Deutsche (christlich arischer Abstammung) werden, falls er sich zu den Satzungen des Vereins bekennt und im Sinne derselben zu wirken sich verpflichtet.“



Festprogramm und Lieder zur allgemeinen Zusammenkunft der Antisemiten Deutschlands am Hermannsdenkmal. Pfingst-Montag, den 22. Mai 1893.
(StA DT D 70, Nr. 154)

Eingabe des Kommerzienrates Steneberg und anderer gegen die Wahl Gustav Maybaums zum 1. Ratsherrn in Barntrup, 9. 2. 1902

(StA DT L 75 V. 1.5)

Durch sechs Stadtverordnete wurde der Fruchthändler Gustav Maybaum hier als I. Ratsherr gewählt, dieses ist hauptsächlich aus Opposition gegen die jetzigen Ratsherren geschehen. Wir halten Gewählten für die am wenigsten geeignete Persönlichkeit für diesen Posten, denn es fehlt ihm an Ansehen und an der nothwendigen Achtung der Bürger, sowie an der Erfahrung bei Verwaltung unseres Communalvermögens, auch paßt seine Religion nicht dazu, weil der Magistrat auch in Kirchen- und Schulan gelegenheiten oft thätig sein muß.

Wir anders unterzeichneten Bürger der Stadt Barntrup ersuchen deshalb gehorsamst Hochfürstliches Cabinets-Ministerium doch veranlassen zu wollen, daß die Wahl des p. Maybaum von Sr. Erlaucht dem Graf-Regenten nicht bestätigt wird.

Über die politische Stellung der Juden in Lippe, 1906
(Lippische Landeszeitung vom 11. 8. 1906)

Über die politische Stellung der Juden in Lippe wird uns von geschätzter Seite geschrieben:

Die Frühlingssonne der Kultur dringt allmählich auch durch den dichtesten Nebelschleier. Zwar blenden ihre Strahlen oft noch mehr als sie erwärmen – aber die tiefe Nacht des Mittelalters mußte ihnen weichen für ewige Zeiten. Und wurden die Juden in Deutschland um ihres Glaubens willen zur Zeit der Inquisition mit ihren Ritualmärchen und haßgeborenen Anekdoten von den vergifteten Brunnen zu Tausenden dahingemordet – es mußte doch Frühling werden nach eisiger, kalter Winternacht. In Lippe wohnten Juden zur Zeit der großen Judenverfolgungen nur vereinzelt. Diese wenigen wurden verhältnismäßig human behandelt. Zwar durften auch sie nur in den sogenannten Judengassen sich ansiedeln, mußten den Judenschutzzoll zahlen und die grausame Entrechtung ertragen, wenn sie keinen Schutzbrief erhielten. Doch ihr Leben und Gut war gesichert. Im Gegenteil – in der Mitte des 18. Jahrhunderts schon erhoben sich öffentlich Stimmen aus Kreisen der lippischen Intelligenz, die Juden aus dem niedrigen Kulturniveau, in das man sie hinabgedrückt hatte, empor zu heben, sie zu modernisieren. So lesen wir in den Lippischen Intelligenzblättern vom Jahre 1774: „Der Jude ist listig, falsch? Ja, muß er es nicht sein, wenn er in unseren Staaten leben will, wo er gar nichts anders tun darf und kann, als handeln und doch fünf-, sechsmal mehr, wie der andere Bürger, in die Landeskasse eintragen soll? Vielleicht ist er es weniger in Staaten, wo er weniger erpreßt ist. Wenigstens ist er in der Türkei der vornehmste Agent des Hofes und der Großen, dem man mehr traut als dem Christen und oft mehr achtet als den europäischen Christen.“

Als die Ausnahmegesetze in den anderen Staaten fielen, war auch der Jude in Lippe der bürgerlichen Gleichheit

und Freiheit teilhaftig. Leider hat in den letzten Jahrzehnten der reaktionäre antisemitische Kurs des ehemaligen preußischen Justizministers Schönstedt auch in Lippe Schule gemacht. Wir wollen heute nicht untersuchen, ob der geringe Zuschuß zur Unterhaltung der jüdischen Religions- und Elementarschulen seitens des lippischen Staates in dem richtigen Verhältnis steht zu den Steuerlasten der lippischen Staatsbürger jüdischen Glaubens. Darüber ein anderes Mal. Heute sei nur die Rede von der selbst in Preußen nicht in dem Maße geübten Ungerechtigkeit der lippischen Justizbehörde. Seit einer langen, langen Reihe von Jahren ist ein Jude weder für das Amt eines Schöffen noch eines Geschworenen für würdig befunden worden. Da das lippische Staatsgesetz Juden die Bekleidung dieser Ehrenämter durchaus nicht abspricht, liegt hier eine arge Verletzung bürgerlicher Staatsrechte der Lipper jüdischen Glaubens vor. Es würden sich mit Leichtigkeit mehrere Dutzend in ihrer moralischen Qualifikation einwandfreie jüdische Herren finden lassen, die sehr wohl für einen Schöffen oder Geschworenen sich eignen würden. Daß schon seit Jahrzehnten gerade die Juden nicht ausgelost werden, kann unmöglich Zufall sein. Und wodurch kann eine solche Ignorierung der Gesetze speziell in Lippe verteidigt oder besser, zu rechtfertigen versucht werden? Einzig und allein muß der Grund in der Rassenzugehörigkeit liegen. Und da kann nicht laut genug die Stimme des Protestes erhoben werden gegen solche mittelalterliche, jeglichem Humanitätsgefühl hohnsprechende Behandlung der Juden in Lippe.

Daher ist es falsche Bescheidenheit, wenn die maßgebenden, vielleicht auch einflußreichen Kreise der Juden in Lippe schweigen und diese sie tief kränkende Verletzung der Gesetze über sich ergehen lassen. Schweigen an falscher Stelle ist in diesem Falle entweder ein Zeichen unverzeihlicher Gleichgültigkeit oder feiger Selbstnichtigkeit. Und sehen es die Herren am grünen Tisch nicht ein, daß hier ihr Vaterland gar innig liebenden Staatsbürgern bitter unrecht geschehe, dann gibt es noch einen Fürsten in Lippe, der zehn Jahre lang einen Kampf ums Recht geführt hat, damit Recht auch Recht bleibe, dessen hochseliger Vater mit den Worten „Gott und mein Recht“ seinen Geist aufgegeben hat. Die Lipper jüdischen Glaubens sollen sich aber auch nach ihrer Beschwerde mit einer der konventionellen „Zusagen“ nicht abspesen lassen, sondern nicht eher ruhen, bis Remedur geschaffen ist, bis ein gerechtes Gericht sich aufbaut auf ein gerechtes System.

Die politische Lage der Juden in Lippe ist, unter der Lupe der Gleichberechtigung betrachtet, preußischer als in Preußen. Wo noch so rückständige Vorurteile herrschen, wo man in dem Menschen nicht nur den Menschen sieht und alles Edle und Gute in ihm wertschätzt, sondern als Maßstab für seine Beurteilung die Abweichungen der Hypothese des Nasendreiecks oder den Zufall der Geburt wählt – da ist man alles andere als freisinnig, da hat man sich noch nicht zu dem inhaltswahren Bekenntnis Kaiser Friedrichs, daß der Antisemitismus eine Schmach des Jahrhunderts ist, aufgeschwungen.

Beschwerde der Synagogengemeinde Detmold gegen einen Vortrag des Oberlehrers Drude („Ist das Geistesleben des deutschen Volkes heute noch wirklich deutsch?“) und die verharmlosende Reaktion der Fürstlichen Regierung, 4. 3. 1914
(StA DT L 75 IV. 5.3.2)

Wir empfangen die oben citierte Verfügung vom 27. Februar. Dieselbe geht unserer Meinung nach in verschiedenen Punkten von unzutreffenden Voraussetzungen aus, so daß wir uns bei ihr nicht beruhigen vermögen.

Der Vortrag des Herrn Drude kann keineswegs als nur auf eine christliche Zuhörerschaft begrenzt angesehen werden. Das Vereinshaus öffnet seine Saalpforte dem hiesigen Bildungsverein, Konzertaufführungen usw., sodaß Veranstaltungen von allgemeinem Interesse, als welche auch der Drudesche Vortrag anzusehen war, durch seine in der hiesigen Tageszeitung noch am 8. November geschehene Ankündigung, die jedermann, der gut deutsch empfinde, noch besonders einlud, den Vortrag nicht zu versäumen. Das bekanntgegebene Eintrittsgeld von 50 Pf. stempelt überdies den Vortrag als einen öffentlichen für jedermann.

Der Vortragende hat nun die Zeit des Vortrages bis auf eine kurze Einleitung und dem Schluß, jedenfalls mehr als $\frac{3}{4}$ der Gesamtvortragszeit dazu benutzt, gegen Juden und Judenthum zu agitieren. Nach Mitteilung des Herrn Predigers Rosenthal, den wir nach Empfang der betr. Regierungs-Verfügung nochmals besonders brieflich (R. wohnt bekanntlich nicht mehr hier) befragten, war der Ton des Vortrages in seinen markantesten Stellen so gehässig antisemitisch, stellenweise auch so niedrig und aufreizend – was auch vorurteilsfreie Christen bestätigen dürften – daß entschieden ein Wille des Vortragenden zur Beleidigung erkenntlich war. Dem anwesenden, sehr deutsch empfindenden Prediger Rosenthal wurde das von ihm lebhaft verlangte Wort zur Erwiderung und Abwehr bzw. zur Richtigstellung nicht erteilt. Wie wir bereits in unserer Eingabe vom 15. November an Fürstliche Regierung ausgeführt haben, erkennen wir selbstverständlich auch Herrn Drude das Recht zur freien politischen Meinungsäußerung zu. Nach den von den Behörden übereinstimmend gebilligten Grundsätzen haben sich aber die Beamten bei ihren öffentlichen Meinungsäußerungen in Ausdruck und Inhalt diejenige besondere Zurückhaltung aufzuerlegen, die ihr Amt gebietet. Das hat Herr Drude aber nicht gethan!

Worte, wie wir sie in unserer vorbezeichneten Eingabe erwähnt haben (Schmarotzervolk, verjudete Zustände etc.) überschreiten bei weitem das Maß einer Meinungsäußerung, wie sie sich der gesittete Staatsbürger, geschweige denn ein Beamter, der noch dazu Religionslehrer ist, erlauben darf. Auch daß sich Herr Drude nicht innerhalb der durch die Objektivität gesetzten Grenzen gehalten hat, gibt die Fürstliche Regierung in ihrem Bescheide selbst zu; sie hat aber die Konsequenz dieser Auffassung zu ziehen unterlassen und zu Unrecht davon abgesehen, wegen dieses Falles Remedur eintreten zu lassen.

Wir müssen daher gegen die uns von dem Herrn Drude wissentlich zugefügten Beleidigungen und Kränkungen den Schutz seiner Aufsichtsbehörde wiederholt erbitten.

Was den Vorfall in der Schule betrifft, so glauben wir die Mitteilung Fürstlicher Regierung, daß der Herr Gymnasialdirector mit Herrn Drude die erforderliche Rücksprache genommen habe, nur so auffassen zu dürfen, daß Vorsorge getroffen ist, daß sich derartige Dinge nicht wiederholen. Jedenfalls bitten wir aber, uns diese unsere Auffassung bestätigen zu wollen.

Bezüglich des Schlußsatzes der oben citierten Verfügung haben wir – ebenfalls nach Rückfrage bei Herrn Prediger Rosenthal – darauf zu erwidern, daß letzterer sich entschieden gegen die Annahme verwahrt, als habe er nicht-jüdische Schüler aushorchen wollen. Herr R. hat weiter nichts gethan, als einen (nicht mehrere) nichtjüdische Schüler des Herrn Drude, welcher aus freien Stücken einem jüdischen jungen Manne die Redensarten des Herrn Drude aus der Religionsstunde berichtete, zu befragen, ob dessen Angaben auch wahr seien. Diese einzige Nachfrage geschah mit unserem Wissen und Wollen; denn wir wollten diese Kontrolle, um, im Streben nach der Wahrheit, unzutreffende Beschuldigungen nicht zu erheben.

Eine Übergehung des Herrn Gymnasialdirectors kann unserer Meinung nach bei dieser durchaus einwandfreien Sachlage überhaupt nicht in Frage kommen, und Herr Rosenthal sowohl wie wir selbst müssen danach den Hinweis auf die Schaffung einer Gefahr des Einreißen eines Aushorch- oder Beschuldigungssystems ablehnen.

Nach den geschilderten Umständen halten wir es daher für nöthig, hiermit gegen die Entscheidung Fürstlicher Regierung Recurs an Fürstliches Staatsministerium einzugeben, um dessen baldgefällige Erledigung wir ergebenst bitten.

Der Erste Weltkrieg 1914 – 1918

Als am 1. August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, war begeisterter Patriotismus vorherrschend. Wie die anderen Juden in Deutschland sahen auch die lippischen Juden die Gelegenheit, ihre Vaterlandsliebe unter Beweis zu stellen. Am 5. August fand in der Detmolder Synagoge ein „Kriegsgottesdienst“ statt. Allein aus dieser Gemeinde meldeten sich fünf Kriegsfreiwillige. Für ihren hohen Einsatz erhielten viele jüdische Soldaten aus Lippe Verdienstorden und Tapferkeitsauszeichnungen.

Doch mit den ersten militärischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zerbrach das Bild der nationalen Eintracht. Im November 1916 war die Lippische Landeszeitung bemüht, dem durch die Reichtagsdebatte über die Teilnahme der Juden am Krieg auch in Lippe wieder an die Oberfläche tretenden Antisemitismus durch Hinweise auf den hohen Prozentsatz jüdischer Kriegsfreiwilliger die Spitze zu nehmen.

Die jüdischen Gemeinden in Lippe verloren 30 junge Gemeindemitglieder. Bei einer Gesamtzahl von ungefähr

650 Juden im Land Lippe betrug die Zahl der Gefallenen das doppelte der Durchschnittsquote aller gefallenen deutschen Soldaten, wie der Landesverband des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1919 der Propaganda des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes entgegenhielt. Die Antisemiten behaupteten fortwährend, daß die Juden sich ihrer vaterländischen Pflicht entzogen hätten.

In den Synagogen und auf den Friedhöfen wurden Gedenktafeln und -steine mit den Namen der jüdischen Opfer eingeweiht. In der Detmolder Synagoge befanden sich zwei Tafeln mit den Namen sämtlicher 30 lippischer Opfer.

Im Gedenkbuch des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (1932) befinden sich die Namen von 25 jüdischen Gefallenen aus Lippe; anhand von Todesanzeigen sind vier weitere nachweisbar. Im Januar 1933 versandte die Detmolder Ortsgruppe des RJF einige Exemplare des Gedenkbuches an Kriegervereine und Honoratioren in Detmold, unter anderem an den Fürsten.

*** Jüdischer Kriegsgottesdienst. Auch in der hiesigen Synagoge fand gestern vormittag in Anwesenheit einberufener jüdischer Militär-Angehöriger, unter großer Beteiligung der Gemeinde-Mitglieder, ein weihervoller Kriegsgottesdienst statt.**

Zeitungsnotiz über einen jüdischen Kriegsgottesdienst in Detmold

(Lippische Landeszeitung vom 6. 8. 1914)

Die Reichstagsdebatten 1916

(Lippische Landeszeitung vom 16. 11. 1916)

Die Reichstagsdebatten über die Teilnahme der Juden am Weltkrieg haben auch in Lippe zu gelegentlichen Aussprachen über diese Frage geführt. Neunmal, die den Fall eines gelegentlichen Bekannten zum Anlaß nehmen, eine tiefgründige Allgemeinweisheit zum Besten zu geben, pflegen sich gern im Sinne jener zu äußern, die unser Volksleben nur zu gern vergiften möchten. Ihnen möchten wir die vielleicht nicht ganz gleichgültige Feststellung geben, daß der Prozentsatz der aus unserem Lande gefallenen Juden größer ist, wie der der übrigen Bevölkerung. Es wird diese für die jüdischen Familien bedauerliche Tatsache gewiß eine zufällige sein. Sie wird sich vielleicht auch aus den Tatsachen des größeren Prozentsatzes jüdischer Kriegsfreiwilliger und der Kriegsbeteiligung dieser Freiwilligen seit September 1914 erklären lassen; daraus, daß auch aus unserem Lande die Zahl der Kriegsfreiwilligen von den höheren Schulen, auf denen das Judentum nun einmal weitaus stärker vertreten ist wie das übrige Volk, sehr groß war. Aber einerlei: die jüdischen Soldaten haben auch aus unserem Lande voll und ganz ihre Schuldigkeit getan. Die Zahl der ihnen verliehenen Eisernen Kreuze ist übrigens